



Protokoll der 15. Sitzung des Einwohnerrates

vom 16. Dezember 2009, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Elisabeth Augstburger, Regula Nebiker, Lorenz Rudin

Traktanden	Laufnummer
1. Dringliche Interpellation von Michael Bischof der FDP-Fraktion betreffend Verbot für Verpflegungsstände an der Fasnacht entlang der Chienbäse-Route <i>://: Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i>	2009/78
2. Dringliche Interpellation von Hanspeter Stoll der SP-Fraktion betreffend Standwesen an der Fasnacht 2010 <i>://: Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i>	2009/81
3. Dringliche Interpellation von Hans Brodbeck der FDP-Fraktion betreffend Verkauf der Liegenschaft Erzenbergstrasse 51/53, Vorlage Nr. 2009/50 <i>://: Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i>	2009/82
4. Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission und der Bau- und Planungskommission betreffend Voranschlag 2010 <i>://: Der Voranschlag 2010 wird gemäss den Anträgen des Stadtrates unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen gemäss Anträgen der Finanzkommission, der Bau- und Planungskommission und Peter Furrer der CVP/EVP/GLP-Fraktion genehmigt.</i>	2009/75 2009/75a 2009/75b 2009/75c

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) begrüsst die Einwohnerratsmitglieder und Gäste zur ordentlichen Einwohnerratssitzung und heisst diese willkommen.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 18. November 2009

Das Ratsbüro hat das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 18.11.2009 mit folgender Berichtigung auf Seite 318 betreffend Besucher- und Kundenrückgang durch Baustellen (Vorlage Nr. 2007/186c) genehmigt:

Michael Bischof (FDP): ... Verursacherin der Bauarbeiten ist die Stadt und somit *sind Goodwill-Aktionen wegen dieser Bauarbeiten Sache der Stadt als Verursacherin ...*

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert darüber, dass die beiden Einwohnerrätinnen Claudia Gloor (CVP/EVP/GLP) und Margrit Siegrist (SVP) heute letztmals an einer Einwohnerratssitzung als Parlamentsmitglieder präsent sind. Diesen wird für die Zukunft alles Gute gewünscht. Deren Nachfolger Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) und John Brunner (SVP) werden ihr Amt am 01. Januar 2010 antreten.

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert über die verschiedenen Beiträge der Stadt Liesal an humanitäre Projekte, welche vom Stadtrat im Rahmen des veranschlagten Budgetbetrages 2009 beschlossen wurden.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin orientiert, Herr Peter Küng habe aus persönlichen Gründen seinen sofortigen Rücktritt als Innenstadtkoordinator bekannt gegeben.

Stimmzähler/innen

Gemäss Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen für die heutige Sitzung bestimmt:

- | | |
|-------------------|--------------------|
| - Raissa Bonjour | 1: Seite FDP |
| - Philipp Senn | 2: Mitte |
| - Vreni Wunderlin | 3: Seite SP, Grüne |
| - Markus Meyer | 4: Büro |

Neue persönliche Vorstösse:

- Dringliche Interpellation von Michael Bischof der FDP-Fraktion betreffend Verbot für Verpflegungsstände an der Fasnacht entlang der Chienbäse-Route (Nr. 2009/78)
- Interpellation von Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion (Nr. 2009/79) betreffend Verfall der ehemaligen Gestadeckmühle (Ergolzhof)
- Postulat von Pascal Porchet der FDP-Fraktion betreffend Oeko Taxi in Liestal (Nr. 2009/80)
- Dringliche Interpellation von Hanspeter Stoll der SP-Fraktion betreffend Standwesen an der Fasnacht 2010 (Nr. 2009/81)
- Dringliche Interpellation von Hans Brodbeck der FDP-Fraktion betreffend Verkauf der Liegenschaft Erzenbergstrasse 51/53, Vorlage Nr. 2009/50 (Nr. 2009/82)
- Motion Aufwand-Bremse von Peter Furrer der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Daniel Spinnler der FDP-Fraktion und Markus Meyer der SVP-Fraktion (Nr. 2009/83)
- Postulat von Martin Spiess der FDP-Fraktion betreffend SBB Tageskarten Gemeinde (Nr. 2009/84)
- Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion für eine ökologisch effiziente Strassenbeleuchtung (Nr. 2009/85)

Traktandenliste

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass vom Büro keine Änderungen beantragt werden.

Nach Umfrage im Rat kann vom Vorsitzenden festgestellt werden, dass auch aus dem Einwohnerrat keine Änderungswünsche angebracht werden, weshalb nur über die Dringlichkeit der neu eingereichten Vorstösse beziehungsweise Vorlagen Nr. 2009/78, Nr. 2009/81 und Nr. 2009/82 abgestimmt werden muss.

Die Einwohnerratsmitglieder werden vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, dass es für eine sofortige Behandlung der als dringlich eingereichten Interpellationen einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Einwohnerratsmitglieder bedarf.

Dem Vorschlag des Ratspräsidenten wird zugestimmt, dass über die Dringlichkeit der beiden Vorlagen Nr. 2009/78 (dringliche Interpellation von Michael Bischof der FDP-Fraktion) und Nr. 2009/81 (dringliche Interpellation von Hanspeter Stoll der SP-Fraktion) zu demselben Thema gemeinsam abgestimmt wird.

Michael Bischof (FDP) begründet die Dringlichkeit seines Vorstosses Nr. 2009/78 damit, dass das Geschäft unbedingt an der heutigen Sitzung beraten werden sollte, da die nächste Einwohnerratssitzung erst Ende Januar 2010 stattfinden wird. Mit der Behandlung seines Vorstosses an der heutigen Sitzung wäre ein frühzeitiges Agieren vorgängig der Fasnacht 2010 noch möglich.

Hanspeter Stoll (SP) unterstützt das Votum seines Vorredners und bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass auch sein Vorstoss Nr. 2009/81 an der heutigen Sitzung behandelt werden wird.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass betreffend der Dringlichkeit der beiden Interpellationen keine Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die Dringlichkeit der beiden Interpellationen Nr. 2009/78 und Nr. 2009/81 erklärt.

Hans Brodbeck (FDP) erklärt, dass es gemäss Medienberichten anscheinend Probleme betreffend dem Liegenschaftsverkauf „Erzenbergstrasse 51/53“ gibt. Sollte die Liegenschaft tatsächlich nicht verkauft werden können, so wäre dies auch relevant für den Voranschlag 2010, welcher an der heutigen Sitzung noch zu genehmigen ist.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass auch betreffend der Dringlichkeit der Interpellation Nr. 2009/82 keine Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die Dringlichkeit der Interpellation Nr. 2009/82 erklärt.

126 125 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Dringliche Interpellation von Michael Bischof der FDP-Fraktion betreffend „Verbot für Verpflegungsstände an der Fasnacht entlang der Chienbäse-Route“ (Nr. 2009/78)

Die dringliche Interpellation Nr. 2009/78 hat folgenden Wortlaut:

Verbot für Verpflegungsstände an der Fasnacht entlang der Chienbäse-Route

Die Stadtverwaltung hat verfügt, dass an der Fasnacht entlang der Chienbäse-Route innerhalb eines ausgeschiedenen Sicherheitsperimeters keine Verpflegungsstände mehr bewilligt werden (unter anderem in der Rathausstrasse).

Diese Massnahme wurde in einem Brief an die betroffenen Standbetreiber und an einer Informationsveranstaltung begründet mit „einer Anpassung des Sicherheitsdispositivs“.

Bis anhin waren die betroffenen Standbetreiber angehalten, um 1700 Uhr aus Sicherheitsgründen während dem Chienbäse-Umzug den gesamten Stand abzuräumen und zu entfernen.

Diese Massnahme stösst bei den Standbetreibern auf grosses Verständnis und ist bisher auch grossmehrheitlich befolgt worden.

Nicht verstanden wird, dass diese Massnahme nun auch auf die Zeit während dem Fasnachtsumzug ausgedehnt wird. Verschiedene KMU's (die Meisten sind in Liestal Steuerzahler) müssen wegen diesem Verbot auf wesentliche Einnahmen verzichten.

Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wie begründet der Stadtrat dieses generelle Verbot auch während dem Fasnachtsumzug?*
- 2. Wieviele Standbetreiber haben sich in der Vergangenheit nicht an die bisher geltende und praktikable Regelung gehalten?*
- 3. Wie will der Stadtrat die neue Regelung (Verbot) durchsetzen im Hinblick darauf, dass gewisse Standbetreiber von privatem Grund und Boden aus Ihre Verkäufe tätigen?*
- 4. Welche Massnahmen könnte sich der Stadtrat vorstellen, damit die bisherige Regelung weiter angewendet werden könnte und damit auf das neue generelle Verbot verzichtet werden könnte?*

Liestal, 11.12.2009

*Michael Bischof
FDP-Fraktion*

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt Stellung zur Interpellation Nr. 2009/78:

Vorbemerkungen:

Der Chienbäseumzug ist der Anlass in der Stadt Liestal mit dem grössten Publikumsinteresse. Dieses nahm in den letzten Jahren stetig zu und die Zuschauerzahl am Chienbäse 2009 ist auf ca. 80'000 Personen geschätzt worden. Die Form der Durchführung und die Sicherheitsmassnahmen blieben in etwa dieselben. Die Fasnachtsverordnung sieht vor, dass entlang der Chienbäseroute keine Stände aufgestellt werden dürfen. Dieses Verbot konnte bis heute nur ungenügend durchgesetzt werden. Beim letzten Kontrollgang um ca. 17.00 Uhr entlang der Route mussten die Verantwortlichen jedes Jahr feststellen, dass noch Stände mit zum Teil leicht entflammbarem Material und Gegenständen entlang der Route standen. Sie wurden jeweils aufgefordert, den Stand schnellstmöglich zu entfernen. Dieser Aufforderung wurde entweder nicht oder nur ungenügend nachgekommen. So wurden Stände aus der Rathausstrasse teilweise in Fluchtrouten oder in Hausnischen verschoben. Darunter befanden sich teilweise Gasbehälter, die bei Erhitzung durch die Gegend fliegen würden. Der Chienbäse bereitet alljährlich Freude, den Sicherheitskräften und Verantwortlichen aber auch zunehmend Kopfzerbrechen, denn es ist ein Hochrisikoanlass, der grösste Vorsichtmassnahmen verlangt. Deshalb ist der Sicherheitsstab in Zusammenarbeit mit der Stützpunktfeuerwehr Liestal, der Kantonspolizei Basel-Landschaft, der Stadtpolizei sowie dem Fasnachtskomitee zum Schluss gekommen, dass eine wirklich seriöse Durchsetzung des Standverbotes nur über den Weg eines gänzlichen Verbotes während des ganzen Fasnachtssonntags entlang der Chienbäseumzugsroute möglich ist. Die den betroffenen Standbetreibern angebotenen Alternativen sind gut durchdacht und sind mindestens so attraktiv, wie diejenigen entlang der Chienbäseumzugsroute. Sie liegen ebenfalls in unmittelbarer Nähe zur Fasnachtsumzugsroute und an den Fussgängerverkehrsströmen.

1. Wie begründet der Stadtrat dieses generelle Verbot auch während dem Fasnachtsumzug?

Antwort: Stetiger Anstieg der Anzahl der Besucher. Freihalten der Rückzugsräume und Fluchtwege. Jedes Jahr missachten zahlreiche Stände die Bewilligungsaufgabe, den Stand per 17.00 Uhr ganz wegzuräumen. Zu einem späteren Zeitpunkt ist dies aus verkehrs- und sicherheitstechnischen Gründen nicht mehr möglich. Die Sicherheitskräfte sind anderweitig gebunden, weshalb diese das Wegräumen vor Ort nicht durchführen können.

2. Wieviele Standbetreiber/innen haben sich in der Vergangenheit nicht an die bisher geltende und praktikable Regelung gehalten?

Antwort: Eine erhebliche Anzahl, ca. die Hälfte der an der Chienbäseroute liegenden Stände. Es sind nicht jedes Jahr dieselben.

3. Wie will der Stadtrat die neue Regelung (Verbot) durchsetzen im Hinblick darauf, dass gewisse Standbetreiber von privatem Grund und Boden aus Ihre Verkäufe tätigen?

Antwort: Standbetreiber, die ihren Stand entlang der Umzugsroute auf privatem Grund haben, benötigen für den Verkauf von Getränken und Esswaren zum sofortigen Verzehr gemäss kantonalem Gastgewerbegesetz ein Gelegenheitswirtschaftspatent, das von der Stadt erteilt wird. Dieses wird gestützt auf der bis anhin schon geltenden Bestimmung gemäss § 10 Bst. b der Fasnachtsverordnung, wonach aus Sicherheitsgründen auf der Umzugsroute zwischen Törli und Farnsburg keine Verpflegungsstände aufgestellt werden dürfen, verweigert. Man ist davon überzeugt, dass auch den Standbetreibern auf privatem Grund die Sicherheit der Umzugsteilnehmenden ein grosses Anliegen ist, weshalb sie die getroffene Massnahme unterstützen werden.

4. Welche Massnahmen könnte sich der Stadtrat vorstellen, damit die bisherige Regelung weiter angewendet werden könnte und damit auf das neue generelle Verbot verzichtet werden könnte?

Antwort: Die Stadt bietet ein zweites Gespräch mit einem um die KMU erweiterten Personenkreis, der Kantons- und Stadtpolizei, der Feuerwehr, dem Fasnachtskomitee sowie den Standbetreibern im Januar an. Dort wird nochmals über die Notwendigkeit dieser Massnahme orientiert und die Randbedingungen können gemeinsam diskutiert und vereinbart werden. Vorstellbar ist, dass die Standbetreiber oder die KMU Wege aufzeigen, wie sie dafür sorgen, dass das Verbot künftig eingehalten wird. Hoheitlich ist die Stadtpolizei und nicht die KMU zuständig.

Michael Bischof (FDP) wünscht die Diskussion, welche vom Rat gewährt wird.

Michal Bischof (FDP) macht als Interpellant auf die Wichtigkeit der Umsätze an der Fasnacht für verschiedene KMU-Betriebe aufmerksam. Die nötigen Sicherheitsmassnahmen beim Chienbäse am Abend sind unbestritten, doch sind vom neuen Verbot auch die Stände von den fasnächtlichen Veranstaltungen vom Nachmittag betroffen. Seine Abklärungen haben ergeben, dass es sich um 1 bis 2 fehlbare Standbetreiber handelt, welche sich in der Vergangenheit nicht an die Weisungen betreffend der Räumung ihres Standes bis um 17.00 Uhr gehalten hatten. Die Antwort der Stadtpräsidentin, dass es sich um eine erhebliche Anzahl bzw. rund die Hälfte der Standbetreiber handelt, verwundere ihnen nun doch etwas. Vorsortierungsgespräche vorgängig der Informationsveranstaltung wären vermutlich dienlich gewesen, doch hatte man auch auf Anfragen vorgängig der Informationsveranstaltung vom 08. Dezember 2009 keinerlei Auskünfte und Informationen erhalten, was nicht gerade sehr konstruktiv ist. Trotz fehlender Ressourcen gäbe es wohl noch andere Wege, um die Weisungen betreffend dem Wegräumen der Stände durchsetzen zu können. Vor allem bei Privatgrundstücken wie beim Coop, beim PKZ etc. dürfte man betreffend dem neuen Verbot in einen Vollzugsnotstand geraten. Bei einem Gespräch der Direktbeteiligten hätten sicher bessere Lösungen als das Verbot gefunden werden können. Die neuen Standort-Angebote dürften ebenfalls keine echten Alternativen zu den bisherigen Standplätzen sein. Der Stadtrat wird dazu aufgerufen, nach anderen moderaten Lösungen zu suchen.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.

126 0.01.011.01 Einwohnerrat

**2. Dringliche Interpellation von Hanspeter Stoll der SP-Fraktion
betreffend „Standwesen an der Fasnacht 2010“ (Nr. 2009/81)**

Die dringliche Interpellation Nr. 2009/81 hat folgenden Wortlaut:

Standwesen an der Fasnacht 2010

Am 8. Dezember 2009 wurden die ehemaligen langjährigen Fasnachtsstandbetreiber an einer Informationsveranstaltung der Stadt im Feuerwehrmagazin dahingehend informiert, dass es ab sofort (Fasnacht 2010) untersagt ist, am Fasnachtssonntag einen Stand im „Stedtli“ zu betreiben. Der Grund dafür wird mit feuerpolizeilichen Aspekten begründet. Für viele KMU Betriebe ist die Liestaler Fasnacht jedoch ein fester Bestandteil der jährlichen Budgetierung.

Die erhöhten Sicherheitsbestrebungen am „Chienbäseumzug“ sind durchaus verständlich. Hingegen ist es für treue Gäste und aber auch für die einheimische Bevölkerung nicht nachvollziehbar, dass man auch am Fasnachtsnachmittag auf eine unkomplizierte Verpflegungsmöglichkeit verzichten muss.

Dazu meine Fragen:

- 1. Ist der erhöhte Budgetbetrag im Sicherheitswesen („Chienbäse“) auf zusätzliche Dienstleistungen der Feuerwehr während der Fasnacht zurückzuführen?*
- 2. Existiert eine schriftliche Verfügung der Stadt, in der ehemalige Standbetreiber darauf hingewiesen werden, dass sich Veränderungen im Bewilligungsverfahren ergeben haben?*
- 3. Ist in dieser rein informellen Orientierung ein Rechtsmittelverfahren aufgelistet?*
- 4. Kann der im Informationsmail angesprochene Perimeter entlang der Chienbäse-route näher definiert werden?*
- 5. Ist der Stadtrat bereit, auf seinen Entscheid zurückzukommen und im Sinne der Liestaler KMU Betriebe auf ein Verbot am Fasnachtssonntag im Allmendbereich zu verzichten?*

Hanspeter Stoll - Nardin

SP-Fraktion

15.12.2009

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt Stellung zur Interpellation Nr. 2009/81:

Frage 1: Ist der erhöhte Budgetbetrag im Sicherheitswesen auf zusätzliche Dienstleistungen der Feuerwehr während der Fasnacht zurückzuführen?

Antwort: Die Frage der Ausgabenerhöhung bei der Stützpunktfeuerwehr wurde gegenüber der Fiko ausführlich beantwortet. Diese hat vor allem mit der Reglementsänderung betreffend der Einführung der Jugendfeuerwehr und der neuen Besoldungsverordnung zu tun.

2. Existiert eine schriftliche Verfügung der Stadt über Änderungen im Bewilligungsverfahren?

Antwort: Es wurde schriftlich zum Informationsanlass eingeladen. Aus dieser geht hervor, dass sich Änderungen für die angeschriebenen Standbetreiber ergeben, weshalb auf die Wichtigkeit der Anwesenheit bzw. Stellvertretung hingewiesen wurde. Nichtanwesende Standbetreiber wurden nächstentags per Mail über die wichtigsten Änderungen orientiert.

3. Ist in dieser rein informellen Orientierung ein Rechtsmittelverfahren aufgelistet?

Antwort: Ein Rechtsmittelverfahren kommt erst zum Tragen, wenn ein Gesuch auf Bewilligung eines Standplatzes bzw. Erteilung eines Gelegenheitswirtschaftspatentes verweigert wird. Auf diese Möglichkeit wurde anlässlich des Infoabends aufmerksam gemacht.

4. Kann der im Informationsmail angesprochene Perimeter entlang der Chienbäseroute näher definiert werden?

Antwort: Dieser wurde am Infoabend eingehend erläutert. Nicht-Anwesende wurden nächstentags per Mail auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht, weitere Informationen beim Belegungswesen zu erhalten.

5. Ist der SR bereit, auf seinen Entscheid zurückzukommen und im Sinne der Liestaler KMU Betriebe auf ein Verbot am Fasnachtssonntag im Allmendbereich zu verzichten?

Antwort: Der Stadtrat hat über die neue Auslegung der Fasnachtsverordnung nicht entscheiden müssen, befürwortet jedoch in der Regel Massnahmen, die der Sicherheit eines Anlasses dienen. Er müsste sich spätestens im Falle einer Beschwerde gegen einen ablehnenden Entscheid des Belegungswesens mit der Angelegenheit befassen oder wenn ihm eine Änderung der Fasnachtsverordnung zum Entscheid vorgelegt wird. Dies wird je nach Ausgang des geplanten Gespräches mit der KMU von Januar der Fall sein.

Hanspeter Stoll (SP) wünscht die Diskussion, welche vom Rat gewährt wird.

Hanspeter Stoll (SP) hält als Interpellant fest, als direktbetroffener Standbetreiber bekunde er Mühe mit dem Verbot. Sicherheitsvorkehrungen am Chienbäse machen Sinn, doch frage er sich, ob die unzählig ausgelegten Feuerwehrschräuche nicht eine grössere Gefahr als die Verpflegungsstände sein könnten. So betreibt beispielsweise Herr Thüller seit 40 Jahren einen Stand vor dem Restaurant Schützenstube, für welchen er nicht jedes Jahr ein Gesuch einreichen musste. Nun soll auf einmal hart durchgegriffen und alles anders werden. Es gibt keine schriftlichen Verfügungen, sondern mit einem Mail wurde lediglich über die Neuerungen informiert, ohne Bekanntgabe einer Beschwerdeinstanz. Die neuen Bestimmungen für den Fasnacht-Nachmittagsbetrieb basieren vermutlich auch nicht auf der Fasnachtsverordnung.

Beat Gränicher (SVP) berichtet, er betreibe seit 35 Jahren einen Wurststand, seit 15 Jahren im Fischmarkt. Es ist für ihn nicht nachvollziehbar, dass verschiedene betroffene Standbetreiber aus dem Stedtli vertrieben werden sollen. Er selbst hatte früher seinen Stand im Stedtli auch vor dem Chienbäse wegräumen müssen. Und sollten ein paar Fehlbare dies nicht auch tun, so müsse diesen halt rigoros die Bewilligung für den Betrieb eines Standes entzogen werden. Mit der Verlagerung der Stände vom Stedtli in den Fischmarkt, die Kanongasse usw. erfahren die dort seit Jahren ansässigen Standbetreiber auf den bisher minderen Plätzen eine zusätzliche Konkurrenz. Betreffend dem Verbot und der erwähnten Kon-

zentration der Stände auf wenige Plätze sollte man deshalb nochmals auf die diesbezüglich gefällten Entscheide zurückkommen.

Vreni Wunderli (CVP/EVP/GLP) sagt, betreffend den erwähnten Sicherheitsvorkehrungen müsste wohl auch an den Fasnachtsumzügen nachmittags betreffend den um die Fasnachtswagen herum springenden Kinder etwas unternommen werden.

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt zu verschiedenen Fragen und Voten Stellung: Die Kontrollen betreffend den Standräumungen um 17.00 Uhr werden durch den Feuerwehrkommandanten mit Mitarbeitern des Belegungswesen vorgenommen, doch ist nur die Polizei zur Wegweisung usw. befugt. Es muss zugestanden werden, dass der Termin für die Info-Veranstaltung vom 08. Dezember tatsächlich etwas spät angesetzt wurde, findet die Fasnacht 2010 doch auch schon im Februar statt. Die Bestimmung betreffend dem Wegräumen der Stände gemäss Fasnachtsverordnung betrifft nur den Chienbäse. Der Stadtrat hatte diesbezüglich noch keinen Beschluss gefasst, weil dieser selbst für allfällige Beschwerden der Standbetreiber gegen Entscheide der Verwaltungen als Beschwerdeinstanz verantwortlich zeichnen müsste. Seit dem tragischen Unfall vor ein paar Jahren in Basel werden auch in Liestal strengere Sicherheitsvorschriften für die Fasnachtswagen und Feuerwagen gemacht.

Hanspeter Stoll (SP) bemerkt, dass die beiden dringlichen Interpellationen nicht wegen den Auflagen und Verboten im Zusammenhang mit dem Chienbäse-Umzug, sondern wegen den Einschränkungen und Verboten am Fasnachtssonntag-Nachmittag, eingereicht wurden. Wäre dem nicht so, müssten konsequenterweise die neuen Bestimmungen auch für den Fasnachtsmittwoch-Nachmittag gelten.

Stadtpräsident Regula Gysin betont, dass von den neuen Bestimmungen nur die Stände vom Chienbäse-Umzug vom Sonntagabend betroffen sind. Wiederholt sind aber einzelne Stände trotz Intervention nicht bis 17.00 Uhr weggeräumt worden. Weitergehende Massnahmen drängten sich auf, nachdem auch seitens Kanton vermehrt Druck gemacht wurde, denn sollt einmal etwas beim Chienbäse passieren, so dürfte dieser wohl kein weiteres Mal mehr durchgeführt werden.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) hält zusammenfassend das Wichtigste der vorgängigen Voten fest: Am Sonntagnachmittag will man keine Stände mehr im Stedtli haben, weil nicht gewährleistet ist, dass diese rechtzeitig vor dem Chienbäse-Umzug weggeräumt werden. Ein Rückkommen auf diesen Entscheid und neue Lösungsfindung ist nur möglich, wenn gewährleistet wäre, dass die Stände auch bis 17.00 Uhr abgebaut würden. Nach Umfrage kann festgestellt werden, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.

127 0.01.011.01 Einwohnerrat

**3. Dringliche Interpellation von Hans Brodbeck der FDP-Fraktion
betreffend „Verkauf der Liegenschaft Erzenbergstrasse 51/53, Vorla-
ge Nr. 2009/50“ (Nr. 2009/82)**

Die dringliche Interpellation Nr. 2009/82 hat folgenden Wortlaut:

Verkauf der Liegenschaft Erzenbergstrasse 51/53, Vorlage 2009/50
Radio-Onkologen vor dem Absprung?

An der Sitzung vom 13. Mai 2009 stimmte der Einwohnerrat dem Verkauf der Liegenschaften Erzenbergstrasse 51/53, zum Preise von CHF 1'760'000.- zu. Der Handel bedinge nur noch die Zustimmung des ER, die Verkaufsverhandlungen seien erfolgreich abgeschlossen worden, so die Vorlage.

Mit dem Verkauf konnte eine Fehlinvestition aus dem Jahre 1987, welche die Stadt jährlich gegen hunderttausend Franken kostete, abgestossen werden.

Gemäss einem Bericht in der BaZ vom 27. November 2009 muss befürchtet werden, dass der Verkauf platzen könnte. Die Mieterschaft habe die Kündigung angefochten worauf der Stadtrat, nach dem Entscheid des Einwohnerrates, eine Verlängerung des Mietverhältnisses bis September 2011 vereinbarte. Die Käuferschaft lehne diese Erstreckung ab, sie habe den Kaufvertrag deshalb nicht unterzeichnet.

Der Stadtrat wird gebeten, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

- 1. Kann der Stadtrat den Inhalt des BaZ - Berichts bestätigen oder hat er eine andere Sicht der Dinge?*
- 2. Ist die Käuferschaft am Objekt noch interessiert und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen?*
- 3. Das Baugesuch wurde bereits eingereicht. Muss beim Scheitern des Verkaufs mit Folgekosten zu Lasten der Stadt gerechnet werden?*
- 4. Wussten Stadtrat und Verwaltung am 13. Mai 2009 um die Problematik der unbefristeten Mietverträge und wurde der Einwohnerrat im Glauben gelassen, mit der Käuferschaft und der Mieterschaft sei alles einvernehmlich geregelt worden?*
- 5. Wurden die Mietverträge nie überprüft und angepasst, obwohl der Stadtrat bereits im Jahre 2000 gegenüber dem ER die Verkaufsabsicht unmissverständlich bestätigte?*
- 6. Wer hat diese Unterlassung zu verantworten?*

Liestal, 15. Dezember 2009

*Hans Brodbeck
FDP-Fraktion*

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt Stellung zur Interpellation Nr. 2009/82:

1. Kann der Stadtrat den Inhalt des BaZ-Berichts bestätigen oder hat er eine andere Sicht der Dinge?

Antwort: Ja, die Fakten entsprechen dem Bericht der Basler Zeitung.

2. Ist die Käuferschaft am Objekt noch interessiert und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen?

Antwort: Die Käuferschaft hat immer noch Interesse am Erwerb der Liegenschaft. Bis Ende Januar 2010 muss eine Lösung betreffend einem Ersatzobjekt für die heutige Mieterin gefunden werden, da die neue Eigentümerin im Juli 2010 mit den Bauarbeiten beginnen will. Das Geschäft hat höchste Priorität und bei der diesbezüglichen Suche werden er und die Stadtpräsidentin auch vom Kanton unterstützt.

3. Das Baugesuch wurde bereits eingereicht. Muss beim Scheitern des Verkaufs mit Folgekosten zu Lasten der Stadt gerechnet werden?

Antwort: Die Stadt ist keine Verpflichtungen eingegangen und das Baugesuch ist ganz normal behandelt worden. Für die Stadt besteht kein Risiko.

4. Wussten Stadtrat und Verwaltung am 13. Mai 2009 um die Problematik der unbefristeten Mietverträge und wurde der Einwohnerrat im Glauben gelassen, mit der Käuferschaft und der Mieterschaft sei alles einvernehmlich geregelt worden?

Antwort: Auch nach dem nochmaligen Durchlesen des Protokolls der Einwohnerratssitzung vom 13. Mai 2009 verstehe er den Ausdruck „der Einwohnerrat im Glauben gelassen“ des Fragestellers nicht, ist doch in der damaligen Debatte nichts über die Kauf- und auch Mietverträge gesagt worden. Die Käuferschaft hatte aber schon damals Kenntnis vom Inhalt des Mietvertrages vom 14.12.2006. In diesem ist unter anderem erwähnt, dass es sich beim Gebäude um eine Abbruchliegenschaft handelt, welche zum Verkauf steht. Bei einem Liegenschaftsverkauf kann der Mietvertrag ohne Anspruch auf Erstreckung mit einer sechsmonatigen Kündigungsfrist gekündigt werden. Ebenfalls kann die Mieterschaft das Mietverhältnis unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten auf Ende eines Monats, ausgenommen per Ende Dezember, kündigen.

5. Wurden die Mietverträge nie überprüft und angepasst, obwohl der Stadtrat bereits im Jahre 2000 gegenüber dem ER die Verkaufsabsicht unmissverständlich bestätigte?

Antwort: Er ist im Besitz einer ellenlangen Tabelle, in welcher alle Geschehnisse sowie Massnahmen von 1997 bis 15.10.2009 festgehalten sind. Der gültige Vertrag vom 14.12.2006 ist von einer Immobilienfirma ausgearbeitet und die das Mietverhältnis betreffenden Vereinbarungen bei seiner Antwort zur vierten Frage bereits zitiert worden.

6. Wer hat diese Unterlassung zu verantworten?

Antwort: Diese Frage wird nicht ganz verstanden, doch kann festgehalten werden, dass sich der Stadtrat keiner Unterlassung bewusst ist.

Generell möchte er noch ergänzend festhalten, dass das Gemeinwesen und somit auch die Stadt Liestal eine gewisse Verantwortung gegenüber Langzeitgeschädigten hat. Und würde man diese Leute nun einfach auf die Strasse stellen, so wären diese sicher obdachlos. Bei den Bewohnern handelt es sich zum Teil auch um ältere Menschen und nur ein kleiner Teil kommt aus Liestal. Es geht somit nicht alleine um ein Verkaufsgeschäft oder ein Bauprojekt, sondern auch darum, dass Liestal unter Berücksichtigung der sozialen Aspekte eine gewisse Verantwortung für die jetzigen Mieter der Liegenschaft übernimmt.

Hans Brodbeck (FDP) wünscht die Diskussion, welche vom Rat gewährt wird.

Hans Brodbeck (FDP) dankt als Interpellant für die offene und ehrliche Beantwortung seiner Fragen. Es ist auch in seiner Fraktion unbestritten, dass die Leute vom Verein Abri ein Dach über dem Kopf brauchen. Unverständlich ist aber, dass dem Verein eine solch grosse Abbruchliegenschaft zugewiesen wurde, welche der Stadt gemäss Berechnung aus dem Jahr 1999 fast 100'000 Franken Nettokosten jährlich verursachte. Wenn man die Liegenschaft kennt, könnte man die Frage stellen, ob nicht auch diese Leute Anspruch auf ein anständiges Dach über dem Kopf haben dürften. Gestützt auf einen Bericht der GPK wurde bereits im Januar 2000 klar festgestellt, dass die Abbruchliegenschaft Erzenbergstrasse 51/53 verkauft werden soll. Und nun besteht das Risiko, dass die Mieter auch Ende Januar 2010 die Liegenschaft noch nutzen werden.

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt Bezug auf den geschichtlichen Abriss sowie die Ausführungen des Interpellanten und betont, dass nicht alles während seiner Amtszeit geschehen sei. Er erinnere daran, dass sich das Stadtbauamt seit 2008 mit der Projektstudie befasste und der Einwohnerrat am 13. Mai 2009 dem Liegenschaftsverkauf zugestimmt hatte. Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist ist dann der Mietvertrag noch im Juni 2009 gekündigt worden. Zu den früheren Geschehnissen kann er selbst keine Auskunft geben.

Hans Brodbeck (FDP) meint, weitere Diskussionen dürften wenig Sinn machen und die Tatsachen müssen nun wohl einfach akzeptiert werden. Vor zehn Jahren hatte man entschieden, die Liegenschaft zu verkaufen, da diese jedes Jahr viel Geld kostet. Mit den Mietern hatte man nichts unternommen, bis zu jenem Zeitpunkt, als man einen Interessenten fand, welcher die Liegenschaft raschmöglichst übernehmen wollte. Und so bleibt er bei seinem Vorwurf betreffend einer gewissen Konzeptlosigkeit in der Absicht, was man mit der Liegenschaft machen wolle.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.

128 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Bericht des Stadtrates, der Finanzkommission und der Bau- und Planungskommission betreffend Voranschlag 2010 (Nr. 2009/75, Nr. 2009/75a, Nr. 2009/75b, Nr. 2009/75c)

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) teilt mit, dass das Budget für das nächste Jahr das Geschäft mit der höchsten Tragweite sein dürfte und man sich deshalb dafür auch genügend Zeit nehmen sollte. Das Büro bittet aber darum, dass bekannte Fakten gemäss vorliegenden schriftlichen Berichten nicht noch einmal wiederholt werden.

Nach erfolgter Umfrage kann festgestellt werden, dass das Eintreten auf den Voranschlag 2010 unbestritten ist.

Das Ratsbüro schlägt die Vorgehensweise und den Ablauf wie folgt vor:

- Fiko-Bericht (Nr. 2009/75a)
- BPK-Bericht (Nr. 2009/75b)
- Ergänzungen/Stellungnahme Stadtrat
- Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung
- Budgetanträge (Nr. 2009/75c)
- Stellungnahmen Einzelredner zu Budget
- Diskussion und Abstimmung über Anträge Fiko (Nr. 2009/75a)
- Diskussion und Abstimmung über Anträge BPK (Nr. 2009/75b)
- Schlussabstimmung betr. Voranschlag 2010

a) Fiko-Bericht (Nr. 2009/75a)

Heinz Lurf (FDP) hält als Kommissionspräsident die wichtigsten Punkte des Fiko-Berichtes kurz fest: Der Voranschlag 2010 lehnt sich an den Entwicklungsplan 2010-2014 an und die Eckdaten der Finanzstrategie werden mit kleineren Abweichungen eingehalten. Die Auswirkungen des neuen Finanzausgleichgesetzes sind ebenfalls im Voranschlag 2010 eingeflossen und diesbezügliche Fragen vom Finanzchef auch der Fiko beantwortet und verständlich gemacht worden. Die Umsetzung der Finanzstrategie mit dem Ausblick für die Jahre 2010 bis 2015 wird vom Stadtrat im roten Teil seiner Vorlage erörtert, wobei diesbezüglich Finanzchef Peter Rohrbach auch an der letzten Ratssitzung bereits mündlich informiert hatte. Im Zusammenhang mit der Investitionsrechnung wird von der Fiko lediglich eine Sondervorlage betreffend der Allee-Gestaltung gewünscht, was mit dem Fiko-Antrag Nr. 6 auch beantragt wird. Auf Seite 5 des Kommissionsberichtes werden verschiedene Massnahmen sowie Erwartungen der Fiko betreffend den Bereichen „Öffentliche Sicherheit“, „Kultur“ und „Ortsplanung“ festgehalten. Die von der Kommission nicht genehmigten Anträge der Fiko-Mitglieder sind auf den Seiten 5 und 6 aufgeführt. Zu den 6 Fiko-Anträgen wird er anschliessend noch Stellung nehmen.

b) BPK-Bericht (Nr. 2009/75b)

Matthias Zimmermann (SP) nimmt als BPK-Präsident Bezug auf ein kürzlich verschicktes Schreiben an die Einwohnerratsmitglieder betreffend der sistierten Kommission Standort Liestal. Mit dem erwähnten Schreiben wehre man sich gegen die Diskussionen an der letzten Ratssitzung. Das Postulat Nr. 2007/186 betreffend dem Besucher- und Kundenrückgang durch Baustellen ist von der BPK eingereicht und der stadträtliche Bericht auch nicht abgeschrieben worden. Er wehre sich gegen solche Einmischungen Dritter, die das Problem nicht lösen werden. Der Stadtrat wird aber gebeten, das Thema entschlossen anzupacken und dem Einwohnerrat baldmöglichst einen Bericht mit klaren Antworten zu unterbreiten.

Die BPK konnte bei der Budget-Beratung feststellen, dass der Voranschlag 2010 betreffend der baulichen Belange dem Entwicklungsplan 2010-2014 entspricht. Die Kommission bean-

trägt dem Einwohnerrat deshalb einstimmig, dem Voranschlag 2010 zuzustimmen. Anmerken möchte er noch, dass es nicht einfach ist, gute Kommissionsarbeit leisten zu können, wenn weitere Anträge aus den Fraktionen erst nach der Verabschiedung des Kommissionsberichtes eintreffen. Die Kommission beantragt dem Einwohnerrat, dass für die veranschlagten Investitionen „Rathausumbau“ sowie „Allee-Arena“ dem Einwohnerrat noch Sondervorlagen einzureichen sind.

c) Stellungnahme Stadtrat/Finanzchef

Stadtrat Peter Rohrbach informiert als Finanzchef mittels Powerpoint-Präsentation über einige Punkte betreffend dem Voranschlag 2010: Der Voranschlag 2010 geht von einem Ertragsüberschuss von 2,5 Mio. und einer Selbstfinanzierung von 4,3 Mio. aus, welche sich auf 3 Mio. Nettoinvestitionen und 1,3 Mio. Finanzierungsüberschuss für den Schuldenabbau aufteilen. Die Entwicklung der Erträge ohne Geldflüsse gemäss altem beziehungsweise neuem Finanzausgleichsgesetz zeigt grössere Abweichungen im Zusammenhang mit dem verlangsamten Steuerwachstum sowie der Reduktion von lokalen Erträgen wie Parkgebühreneinnahmen aus. Die reduzierten Parkgebühren machen im Jahr 2007 rund CHF 400'000.— aus, was rund 1 Steuerprozent entspricht. Bei der Entwicklung des Personalaufwandes sind speziell die Teuerungs- und Erfahrungszulagen gemäss kantonaler Regelung sowie finanzielle Folgen von neuen Reglementen wie beispielsweise die höheren Feuerwehrentschädigungen zu erwähnen. Im Voranschlag 2010 ist aber beispielsweise beim Sachaufwand noch nicht berücksichtigt, dass die Bürgergemeinde Liestal mit einem Systemwechsel höhere Baurechtszinsen verlangt. Diesbezüglich konnte noch keine Einigung erzielt werden, weshalb die Zahlen der letzten Jahre fortgeschrieben wurden. Veranschlagt ist jedoch eine höhere Entschädigung an die Bürgergemeinde von neu CHF 100'000.-- für den Unterhalt von Waldwegen usw. Der höhere Personalaufwand-Zuwachs im Bildungsbereich kann insbesondere auch mit dem Bevölkerungszuwachs und steigenden Klassenzahlen begründet werden. Trotz der Bevölkerungszunahme in den letzten Jahren konnte der Personalbestand auf der Verwaltung konstant gehalten werden, doch dürfte betreffend der höheren Anzahl an Steuerveranlagungen, dem vermehrten Publikumsverkehr an den Schaltern etc. die Leistungsgrenzen bald erreicht sein. Vor einem Stellenabbau wird gewarnt, hatte doch bereits die Übung der Jahre 1995-1997 betreffend der Steuerveranlagung die Stadt Liestal mehrere hunderttausende Franken gekostet. Das Bevölkerungswachstum ist erfreulich und toll, doch bringt das Konsequenzen auf vielfältige Art und Weise mit sich. Betreffend dem heutigen Stand der Finanzstrategie sind zwei Modellrechnungen angestellt worden und diesbezüglich kann festgestellt werden, dass bei 20 Mio. Schulden rund 700'000.— bis 800'000.— Franken Schuldzinsen aufzubringen sind, wobei bei auch mit 2,5 Mio. Nettoinvestitionen eine ausgeglichene Rechnung möglich sein sollte. Der Voranschlag 2010 bewegt sich im Rahmen der Finanzstrategie, welche auch durch die Motion Fluri abgedeckt ist. Schätzungsweise in den Jahren 2014 oder 2015 sollte gemäss aktuellen Planzahlen das strategische Ziel erreicht werden können.

d) Gesamtwürdigung Fraktionssprecher

Corinne Ruesch (GL) äussert, die Fiko-Diskussionen haben gezeigt, dass vom Stadtrat sehr sorgfältig budgetiert wurde, weshalb die Kommission auch keinem der Anträge für Budgetkürzungen zugestimmt hatte. Vorgängig der heutigen Ratssitzung hatte die Fiko an einer Sitzung diese Entscheide wieder über den Haufen geworfen, und so frage sie sich doch, weshalb sie die vier vorgängigen Kommissionssitzungen betreffend der Budget-Beratung besucht hatte. Die kurz vor der heutigen Ratssitzung gefällten Fiko-Entscheide stehen in einem Widerspruch zu den formulierten Fiko-Anträgen, was auch in der Gesamtschau beziehungsweise im Bericht des Fiko-Präsidenten fehlte und gar nicht erwähnt wurde. Der Voranschlag 2010 zeigt die klaren Ziele sowie Linien der Finanzstrategie auf, weshalb vom Einwohnerrat an der letzten Sitzung auch der Entwicklungsplan 2010-2014 klar gutgeheissen wurde.

Selbstverständlich sind auch in ihrer Fraktion Fragen betreffend der Schwerpunktsetzung des Stadtrates aufgetaucht. So sind beispielsweise kostenrelevante Konzepte in der öffentlichen Sicherheit nach wie vor nicht konkret fassbar. Ihre Fraktion ist aber dagegen, dass man nun mangels konkreten Kürzungsvorschlägen einfach einen Rundumschlag macht und lineare Budgetkürzungen beantragt. Schon in der Fiko-Beratung wurde kein Konsens bezüglich möglichen Kostenreduktionen gefunden, weshalb Anträge für lineare Budgetkürzungen nicht seriös und verantwortungslos sind. Positiv ist, dass im Jugendbereich vermehrte finanzielle Ressourcen veranschlagt sind. Wichtig ist aber, dass die verschiedenen Projekte auch umgesetzt und gut begleitet werden. Ihre Fraktion steht hinter dem Voranschlag 2010 gemäss Vorschlag und Anträgen des Stadtrates.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) orientiert, auf den ersten Blick zeige der Voranschlag der Einwohnerkasse mit einem Ertragsüberschuss von fast 2,5 Mio., einer Selbstfinanzierung von über 4 Mio., Nettoinvestitionen von über 3 Mio. und einem Schuldenabbau von immerhin noch 1,3 Mio. durchwegs positive Zahlen auf. Damit wird auch die Finanzstrategie einigermaßen eingehalten. Der zweite Blick zeigt aber, dass bei den Spezialfinanzierungen durchwegs mit einem Finanzierungsfehlbetrag zu rechnen ist. Die neuen Reglemente sowie Entwicklungspläne der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zeigen bereits nötige Anpassungen in Form von höheren Gebühren an. Mit einem dritten Blick erfasst man die Änderungen betreffend der Zahlungen und Abgeltungen im Zusammenhang mit dem neuen Finanzausgleich. Aufgerechnet soll der neue Finanzausgleich für Liestal eine Lastenverminderung von rund 2 Mio. bringen, was rund 5 Steuerprozenten für natürliche Personen entspricht. Diese Lastenverminderung führt unweigerlich zur Frage, wo nun diese 2 Mio. eingesetzt werden sollen, welche künftig dem Kanton nicht mehr abzuliefern sind. Doch auch nach genauerem Hinschauen konnte man diese 2 Mio. nirgends finden. Dies ist auch nicht möglich, da diese gar nicht vorhanden beziehungsweise brüderlich und schwesterlich unter den Departementen aufgeteilt werden. Bei einer Ausgabensteigerung von jährlich rund 1 Mio. in der Laufenden Rechnung für die eigenen Bedürfnisse der Gemeinde wird bei stagnierenden Einnahmen in Kürze kein Schuldenabbau mehr möglich sein. Die Schuldzinsen werden nur noch mit Kapitalaufnahmen finanziert werden können. Somit wird auch der rosarote Ballon mit 63 Steuerprozenten schon bald platzen. Es ist deshalb höchste Zeit, auf die Ausgabenbremse zu stehen, um damit einen kommunalen Finanzcrash verhindern zu können. Eine etwas sanftere Bremsprobe wird dem Einwohnerrat mit den Budget-Anträgen gemäss Vorlage Nr. 2009/75c vorgeschlagen. Im vorliegenden Voranschlag sind doch noch einige Einsparmöglichkeiten enthalten, so dass eine Budget-Kürzung von 1 % durchaus verkräftet werden kann. Sein Antrag betreffend einer Stellenplan-Reduktion dürfte ein möglicher Ansatz sein, wie die Budgetkürzung bewerkstelligt werden könnte. Mit der Gutheissung seiner Budgetanträge würde der Einwohnerrat mithelfen, die schiefe Finanzbalance in Richtung Gleichgewicht bringen zu können. Zu den einzelnen Anträgen wird er anschliessend noch Stellung nehmen.

Daniel Spinnler (FDP) hält fest, verschiedene wichtige Punkte wurden soeben von Peter Furrer festgehalten und sind auch schon im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan 2010-20104 thematisiert worden. Anfangs 2009 wurde eine Motion seiner Fraktion betreffend einer Steuersenkung abgelehnt und dabei eine Steuersenkung von 2 % in Aussicht gestellt, was beim Voranschlag 2010 nicht der Fall ist. Dank dem um rund 2 Mio. höheren Finanzausgleichsbeitrag wird mit dem Voranschlag 2010 das Ziel der Finanzstrategie erreicht. Dabei ist jedoch zu beachten, dass sich die Aufwandseite nicht in die richtige Richtung entwickelt, weshalb auch die Motion „Aufwand-Bremse“ (Nr. 2009/83) eingereicht und auch an der heutigen Sitzung als Tischpapier verteilt wurde. Seine Fraktion wird auch den Fiko-Anträgen betreffend den Sondervorlagen „Rathaus-Umbau“ und „Allee-Arena“ zustimmen. Die Idee betreffend dem rosaroten Teil im Voranschlag 2010 bezüglich der Finanzstrategie-Umsetzung wird befürwortet, da damit aufgezeigt wird, wohin die Reise gehen soll. Eine diesbezügliche Relativierung ist nach der Beschlussfassung über die noch behandelnden

Anträge sicher noch nötig. Gesamtheitlich wird den stadträtlichen Anträgen zugestimmt, dies in Abweichung zu den noch zu fällenden Entscheiden betreffend der verschiedenen Anträge.

Hanspeter Stoll (SP) führt aus, seit Jahren laufen die Diskussionen gleich ab, doch zeigen die Zahlen des Entwicklungsplanes und Voranschlages auf, dass sich die schlechten Prognosen nicht bewahrheitet haben und eine positive Entwicklung betreffend der Finanzlage festgestellt werden kann. Der Detaillierungsgrad und der Level des stadträtlichen Voranschlages 2010 sind relativ hoch. Wichtig ist auch, dass man die Zusammenhänge zwischen dem Entwicklungsplan und dem Voranschlag enger sehen würde. Mit dem Entwicklungsplan wird die Strategie festgelegt, an welcher sich der Voranschlag anlehnen sollte, wie dies beim Voranschlag 2010 auch der Fall ist. Wie bereits von Corinne Ruesch vorgängig erwähnt, ist es wichtig, dass Fragen sowie Anträge der Fraktionen in der Fiko-Beratung einfließen, damit kann auch die bisherige politische Kultur beibehalten werden. Seine Fraktion ist der Meinung, dass ein permanentes Handeln sowie Feilschen mit Steuerprozenten in unterschiedlichen Grössen wenig Sinn macht, da dies zu einer allgemeinen Verunsicherung führt. Gemäss den finanzpolitischen Zielsetzungen ist eine Steuerreduktion absehbar und eine solche würde zur gegebenen Zeit auch von der SP-Fraktion unterstützt. Er hofft, dass die ganzen Steuerdiskussionen nicht bereits mit den bevorstehenden Wahlen in Zusammenhang stehen. Einig war man sich im Einwohnerrat in vergangener Zeit auch darüber gewesen, dass vom Einwohnerrat die Stellen-Plafondierung gemäss heutigem Stand belassen wird und alles andere dem Stadtrat überlassen wird. Störend ist, dass das grösste Aufwandwachstum im Bereich der öffentlichen Sicherheit bzw. Feuerwehr, GFS und Zivilschutz festzustellen ist. Braucht es denn wirklich neue GFS-Funkgeräte, wo doch alle im Besitz eines Handys sind? Ist es nicht wie in vielen anderen Gemeinden nicht möglich, dass auch Liestal in einem Zivilschutzverbund mitmachen würde? Solche Detailfragen werden von seiner Fraktion im Zusammenhang mit der Rechnung 2009 geprüft werden. Die finanzpolitische Strategie wird auch mit dem Voranschlag 2010 weiterverfolgt, weshalb seine Fraktion den stadträtlichen Anträgen zustimmen wird. Wie vom Finanzchef bereits vorgängig erwähnt, soll im Jahr 2014 über eine Steuerreduktion diskutiert werden und dann darf die Reduktion durchaus auch mehr als nur 1 Steuerprozent ausmachen. Bei der ganzen Steuerdebatte ist zu bedenken, dass bei rund 85 Prozent der Steuerpflichtigen die Reduktion von 1 Steuerprozent nur gerade den Betrag von 30 bis 50 Franken ausmachen würde.

Paul Pfaff (SVP) findet verschiedene Aussagen einiger Vorredner recht interessant, denn würde man all die Vorschläge umsetzen, könnte man heute gar über eine Steuerreduktion von bis zur 5 Prozent diskutieren. Grundsätzlich ist darauf zu achten, dass man die Aufwandkosten weiterhin gut im Griff hat. Es muss ja auch nicht zwingend die Finanzstrategie immer im Massstab 1:1 verfolgt werden, Abweichungen sollen durchaus möglich sein. Es kommt natürlich entgegen, dass nächstes Jahr keine zusätzlichen Personalkosten wegen der wegfallenden Teuerungszulage anfallen. Gewisse Einsparungen wären auch bei Grossprojekten möglich, würde man nicht immer alles im 1a-Ausbaustandard ausführen. Viele gute Vorschläge wurden vorgängig gemacht, welche durchaus unterstützenswürdig sind. Mit einem früheren Vorstoss verlangte seine Fraktion vergeblich eine Steuersenkung um 5 %. Der heute noch zu diskutierende Antrag betreffend einer Steuersenkung um 1 % ist doch ein weiterer Versuch und ein Kompromissvorschlag, welcher von seiner Fraktion auch unterstützt wird.

e) Budget-Anträge (Nr. 2009/75c)

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) gibt bekannt, dass die Anträge von Peter Furrer dem Einwohnerrat mit der Vorlage Nr. 2009/75 als Tischpapier zur Kenntnis gebracht wurden. Die Anträge sind zum Teil miteinander verknüpft, weshalb diese zusammen beraten werden sollen. Am Schluss der Beratung wird über die vier formulierten Anträge einzeln abgestimmt.

Stadtrat Lukas Ott bringt vorgängig der Debatte den formellen Einwand zum 1. und 2. Antrag betreffend den linearen Kürzungen beim Personal- und Sachaufwand ein: Gemäss Gemeindefinanzverordnung ist das Budget aufgebaut aus Beträgen mit orientierendem Charakter, und Beträgen, welche rechtsverbindlich sind. Rechtsverbindlich deshalb, damit der Stadtrat weiss, über welche finanziellen Mittel er ab 01. Januar 2010 verfügen kann, welche auf Einzelposten beruhen. Der in den beiden Anträgen erwähnte Aufwand der Artengruppen 30 und 31 habe aber nur orientierenden Charakter, weil es nicht Einzelposten betrifft. Selbst wenn die beiden ersten Anträge von Peter Furrer an der heutigen Sitzung obsiegen würden, hätten diese für den Stadtrat nur orientierenden Charakter, weil diese Entscheide nicht Einzelposten des Voranschlages betreffen. Das in den beiden Anträgen formulierte Vorhaben für eine lineare Kürzung im Prozentbereich hätte wohl eher bei der Beratung des Entwicklungsplanes und nicht an der heutigen Budget-Sitzung eingebracht werden sollen. Den beiden Anträgen kann in rechtlicher Hinsicht gar nicht entsprochen werden, ausser Liestal hätte eine Global-Budgetierung, was aber nicht der Fall ist. Der Einwohnerrat muss sich deshalb bewusst sein, auf welcher formellen Ebene die beiden Anträge für lineare Budgetkürzungen einzuordnen sind, denn für den Stadtrat können sie keinen verpflichtenden Charakter haben.

Stadtrat Peter Rohrbach ergänzt, dass der Voranschlag und somit auch die Kontennummern auf einer funktionalen Gliederung und auch auf einer Sachgliederung bzw. dem Sachaufwand aufgebaut sind. Wie bereits von Stadtrat Lukas Ott erwähnt, sind pauschale Budgetkürzungen nicht möglich. Werden deshalb Budget-Kürzungen beantragt, so sind sinngemäss auch Ross und Reiter zu nennen. Die zu kürzenden Konten sind zu bezeichnen und im Zusammenhang mit dem Stellenplan-Abbau sind die zu streichenden Stellen konkret zu definieren.

Daniel Spinnler (FDP) nimmt Bezug auf die Aussagen der beiden Stadtratsmitglieder. Von der Stabsstelle Gemeinden des Kantons habe er die Auskunft erhalten, dass die beiden Anträge 1 und 2 von Peter Furrer rechtlich zulässig sind und verbindlichen Charakter haben. Der vom Stadtrat unterbreitete Voranschlag ist ein Entwurf, welcher vom Einwohnerrat zu genehmigen ist. Der Einwohnerrat kann mit klaren Aufträgen Änderungen wie lineare Budgetkürzungen von 1 % bei der funktionellen Gliederung beschliessen. Das heisst, dass der Stadtrat nicht bei allen Budgetpositionen durchwegs 1 % kürzen muss, sondern er kann bei einzelnen Konten so kürzen, dass schlussendlich der Gesamtbetrag der verlangten Kürzung von 1 % entspricht. Richtig ist, was von Stadtrat Lukas Ott wohl auch gemeint ist, dass rechtlich verbindliche Budget-Positionen auch vom Einwohnerrat nicht gekürzt werden können. Es dürfte aber noch genügend andere Konten und Budgetbeträge geben, welche noch gekürzt werden dürfen.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass betreffend der formellen Belange keine Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Die Anträge von Peter Furrer gemäss Vorlage Nr. 2009/75c werden verlesen. Betreffend dem vierten Antrag wird festgestellt, dass dieser geringfügig modifiziert werden muss, denn es kann in diesem Zusammenhang nicht darüber abgestimmt werden, ob der Einwohnerrat etwas zur Kenntnis nehme oder nicht. Der 4. Antrag wird deshalb wie folgt geändert, sollte sich der Antragsteller zum neu formulierten Text nicht gegenteilig äussern:

Der Stellenplan der Stadtverwaltung ist um total 0,9 Stellen für die wegfallende 50%-Stelle des pensionierten Informatikers und die 40%-Stelle des Sportkoordinators, die neu der Schulleitung zugeteilt wurde, zu kürzen.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass drei seiner Anträge bereits in der Fiko diskutiert wurden und deshalb nicht neu sind. Betreffend der Anträge 1 und 2 möchte er daran erinnern, dass man im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan 2010-2014 davon ausgegangen war, dass es im Jahre 2010 wegen dem neuen Finanzausgleich zu einer Lastenverminderung von 1,5 Mio. kommt. Kurz darauf ist der Voranschlag 2010 dem Einwohnerrat mit einer Lastenverminderung von ca. 2 Mio. unterbreitet wurde, wobei das Ergebnis und der Saldo keine Änderung erfahren habe, da eine halbe Million verteilt wurde. Ein Grossteil des Einwohnerrates fühlt sich nicht in der Lage, bei Einzelpositionen Abstriche machen zu können. Für diese Aufgabe ist der Stadtrat gewählt, welcher die Verwaltung überwachen muss. Die Ausgaben haben pro Jahr rund um 1 Mio. zugenommen. Man ist deshalb zur Ansicht gekommen, dass sich bei einer Steuerfussenkung gemäss seinem 3. Antrag auch die Ausgaben entsprechend senken werden. Am Verhältnis und Ergebnis würde sich gar nichts ändern und doch wären damit Einsparungen möglich. Der 4. Antrag betreffend der Stellenplankürzung kann damit begründet werden, dass wenn die Möglichkeit für Stelleneinsparungen bestehe, auch der Stellenplan gekürzt wird. Zu dieser Meinung ist der Stadtrat auch schon gestanden. Auch hier wird es dem Stadtrat überlassen, wo er die Stellenkürzung vornehmen wird. Zusätzlich zu dem in der Fiko bereits behandelten Antrag ist die Stelle betreffend dem Sportkoordinator hinzugekommen. Diesbezüglich weist er darauf hin, dass es nicht um eine 20%-Stelle handeln kann, würden doch die dafür ausgewiesenen Gehaltskosten von über CHF 40'000.-- einem Managerlohn entsprechen. Auch mit der Zuteilung dieser Stelle in die Schulleitung handelt es sich um eine indirekte Stellenerhöhung. Auch mit den bestehenden Mitteln und Ressourcen kann sicher eine bessere Produktivität erreicht werden.

Heinz Lurf (FDP) informiert darüber, die Fiko habe im Vorfeld der heutigen Einwohnerratssitzung die Anträge von Peter Furrer besprochen. Diese Anträge sind von der Fiko mit 5 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen gutgeheissen worden.

Matthias Zimmermann (SP) erklärt, die Anträge von Peter Furrer wurden in der BPK nicht besprochen, weshalb er diesbezüglich auch keine Stellungnahme abgeben kann.

Stadtrat Peter Rohrbach hält fest, er habe zu den Anträgen von Peter Furrer mit E-Mail vom 14.12.2009 an alle Einwohnerratsmitglieder bereits Stellung genommen sowie diesbezügliche Erklärungen abgegeben. Will man im Schulbereich sparen, indem man grössere Klassen bildet oder sollen beispielsweise die Liegenschaften weniger gewartet und gereinigt werden? Bezugnehmend auf den BPK-Bericht kann diesbezüglich festgestellt werden, dass Einsparungen in der Laufenden Rechnung mit weniger Unterhaltsarbeiten möglich sind, doch dürften in der Folge später höhere Investitionskosten anfallen. Deshalb ist nach einer sorgfältigen Analyse der Betriebe und vorerwähnter Erkenntnisse auch der Strassenunterhalt-Aufwand erhöht worden. Sollte der Einwohnerrat die stadträtliche Haltung nicht unterstützen, soll dies ehrlicherweise auch gesagt werden. Bei den Verwaltungsstellen im Rathaus handelt es sich um ein sehr enges Personalkorsett, da beispielsweise auch trotz der Bevölkerungszunahme der letzten Jahre keine zusätzlichen Stellen geschaffen wurden. Sollten sich die Prognosen im Zusammenhang mit der Revision der Arbeitslosenversicherung bewahrheiten, so werden bei den Sozialen Dienste weitere Stellen nötig sein. Er findet es sehr unfair, den Stadtrat heute mit Anträgen betreffend Stellenplankürzungen an die Wand spielen zu wollen. Ein gepflegtes Vorgehen wäre es doch, wenn der Stadtrat heute damit beauftragt würde, dem Einwohnerrat entsprechende Lösungsvarianten im Zusammenhang mit dem nächsten Entwicklungsplan ausarbeiten zu lassen, welcher dem Einwohnerrat im Juni bereits wieder vorgelegt werden könnte. Damit könnten auch mögliche Folgen wie Dienstleistungsabbau etc. aufgezeigt werden. Der Stadtrat ist vertragstreu und so kann er doch nicht einfach kurzfristig 2 – 3 Leute entlassen, zumal die Umsetzung mindestens ein halbes Jahr dauern dürfte. Er bittet den Einwohnerrat, solche Pauschanträge abzulehnen. Diese sind doch auch indirekt eine Unterstellung an die Verwaltung, kann doch aus den Anträgen interpretiert werden, dass auf der Verwaltung immer tendenziell ein paar Leute schlafen, was unfair ist. Auch der Stadtrat ist verunsichert, dass Liestal trotz gutem Steuersubstrat immer noch auf hohe

Steuersätze angewiesen ist. Bereits im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan 2010-2014 ist vom Stadtrat angekündigt worden, dass mit Gemeinden wie Allschwil und Münchenstein Vergleiche betreffend den Aufwendungen und Erträgen gemacht werden.

Erika Eichenberger (GL) kommt das Ganze wie eine Hauruck-Aktion vor. Seit Jahren wurden nun solide Entwicklungspläne und Strategien entwickelt, welche im Einwohnerrat auch gestützt wurden. Nun plötzlich soll all dies nichts mehr wert sein, indem man willkürlich an einzelnen Orten Einsparungen vornehmen will? Eine Personalaufwand-Kürzung hätte einen Reallohnabbau zur Folge. Betroffen wäre auch die Lehrerschaft, deren guten Arbeiten an den letzten Sitzungen mehrmals gewürdigt wurden, sowie die Verwaltung, die mit der Qualitätssicherung auf einem guten Weg ist. Mit solchen Anträgen werden falsche Zeichen gesetzt, weshalb diese auch abgelehnt werden sollen.

Franz Kaufmann (SP) ruft die Einwohnerratssitzung vom letzten Sommer in Erinnerung, bei welcher er mit Präsidialentscheid betreffend einem Vorstoss von Daniel Spinnler zum Thema Steuersenkung entscheiden musste. Bei der damaligen Debatte ist vom Stadtrat und auch seiner Fraktion zugesichert worden, dass eine Steuersenkung in ein paar Jahren unterstützt würde, was vom Finanzchef an der heutigen Sitzung auch mit konkreteren Jahresangaben bestätigt wurde. Sollten die Anträge von Peter Furrer gar ein politisches Kalkül sein, so wäre dies unseriös. Wichtig wäre es doch heute, dass man den eingeschlagenen robusten Weg der Finanzstrategie weiterhin einhält, wie man dies an der letzten Sitzung ja auch beim Entwicklungsplan getan hatte. Über die vorliegenden Anträge hatte die Fiko bereits beraten. Die Abstimmungsergebnisse der Fiko zeigen, dass es sich nicht um klare Entscheide der linken und rechten Parteien gehandelt haben kann. Das nochmalige Durchdrücken der bereits abgelehnten Fiko-Anträge ist auch ein schlechtes Zeugnis für die Ratsarbeit. Solche Hüftschüsse sollen nicht unterstützt werden, weshalb die Anträge auch abzulehnen sind.

Philipp Senn (SP) hält fest, der Einwohnerrat habe bereits bei der Jahrtausendwende lineare Budgetkürzungen diskutiert. Nach der einstimmigen Überweisung der Motion Fluri hatte man aber auf solche Sparübungen verzichtet und den weiteren gemeinsamen Weg zur Zielerreichung definiert, was für ihn persönlich ein gutes Beispiel dafür war, wie die Politik laufen sollte. Die Ziele der Motion Fluri dürften schon bald erreicht werden, weshalb auch nicht vom eingeschlagenen Weg abgewichen werden soll.

Peter Stengle (SP) berichtet, er sei erst seit rund einem Jahr im Einwohnerrat und so kann er auch nicht beurteilen, ob die Anträge von Peter Furrer etwas mit politischem Kalkül zu tun haben oder nicht. Während der letzten Monate sind beinahe im 2-Wochenrhythmus der Entwicklungsplan und der Voranschlag in der Fiko beraten worden. An diesen Sitzungen sind auch die vorliegenden Anträge von Peter Furrer mehrmals abgelehnt worden. Dieses Vorgehen ist eine Zwängerei und bereits an der vorherigen Fiko-Sitzung ist gesagt worden, dass man deshalb künftig auf vorberatende Fiko-Sitzungen verzichten könnte. Die Fiko könnte sich ja kurz vor der Einwohnerratssitzung noch treffen und über die Anträge abstimmen, Damit würden sich mehrfache Debatten und Entscheide zu denselben Themen erübrigen und die politische Arbeit damit vereinfacht. Schon fast zynisch ist die Aussage, dass es dem Einwohnerrat egal sei, wo der Stadtrat die Budget- und Stellenkürzungen vornehmen werde. Damit wird doch auch die Unterstellung gemacht, dass im Voranschlag noch genügend Reserven vorhanden sind oder das Budget gar unseriös ist. Solche Vorgehensweisen und Aussagen dürften wenig zu einer guten politischen Kultur beitragen.

Daniel Spinnler (FDP) meint, die Strategie gemäss Motion Fluri stehe in keinem Widerspruch zu den vorliegenden Anträgen, würde doch die Steuersenkung mit den Budgetkürzungen kompensiert. Auch dem Stadtrat ist nicht erst gestern bekannt, dass die Steuern gesenkt werden sollen, weshalb dies auch im Entwicklungsplan und im Budget berücksichtigt wurde. Trotz der höheren Finanzausgleichbeiträge ändert sich aber das Budget-Schlussergebnis 2010 nicht zum Positiven. Festzuhalten ist auch, dass sich der Einwohnerrat durchaus bewusst war, dass die beschlossene Feuerwehrreglement-Revision auch höhere Soldentschä-

digungen mit sich bringen wird. Auch der Einwohnerrat hatte seine eigene Entschädigung um 33 % erhöht, welche prozentual nicht derjenigen der Feuerwehr entspricht. Die erwähnten gewünschten Verbundlösungen im Bereich Sicherheit sind durchaus prüfenswert. Das nach wie vor fehlende Konzept betreffend der Stadtpolizei-Ausrichtung führte dazu, dass wegen dieser Konzeptlosigkeit von seiner Fraktion auch ein Antrag in der Fiko eingespielen wurde. Mit dieser Investition wollte man zuwarten, bis auch wirklich klar ist, ob die Stadtpolizei zum Kanton übergeht oder nicht. Die FDP-Fraktion wird alle vier Anträge von Peter Furrer unterstützen.

Elisabeth Spiess (GL) nimmt Bezug auf das Votum von Peter Furrer und bemerkt, dass sie Mühe damit bekunde, dass die Brosamenzählerei vom Einwohnerrat an den Stadtrat delegiert werden soll. Mit der Kürzung der Stellen-Plafondierung wird der Handlungsspielraum des Stadtrates für Stellenverschiebungen innerhalb des gesteckten Rahmens je länger und schwieriger oder gar unmöglich. Als Mitarbeiterin der Stadt prognostiziert sie, dass beispielsweise Einsparungen im Asylwesen schlussendlich die Stadt teurer kommen dürften, sollten tatsächlich Stellen gekürzt oder gestrichen werden.

Corinne Ruesch (GL) teilt mit, die Anträge dürften doch auch als ein gewisses Misstrauen ankommen. Die stadträtlichen Antworten zu den Fragen der Fiko konnten dieses Misstrauen anscheinend nicht widerlegen, obwohl die Fiko auch keine Budgetpositionen gefunden hatte, bei welchen noch Einsparungen möglich wären. Nun wird vom Antragsteller trotz einer Personalkostenkürzung von 1 % und der Streichung von 0,9 Stellen gar noch eine Produktivitätssteigerung erhofft. Der Stadtrat wird sich künftig wohl hüten, dem Einwohnerrat auszuweisen, dass eine Stelle nicht mehr gebraucht wird, denn eine weitere Kürzung des Stellenplafonds durch den Einwohnerrat dürfte die Folge davon sein. Vom Finanzchef ist bereits erwähnt worden, dass gerade sein Bereich personell schlecht dotiert ist. Stellvertretungen sind nicht gewährleistet und auch Projekte können nicht wunschgemäss betreut werden. Die Anträge sind eine Effekthascherei, man will betreffend der Steuersenkungen einfach gut dastehen. Dabei hat man sich aber nicht überlegt, was hinter diesen Anträgen sowie Absichten für eine Kompensation der Steuermindereinnahmen mit reduzierten Personal- und Sachaufwändungen steckt. Solche Anträge können deshalb auch nicht mit einer vorausschauenden und nachhaltigen Finanzpolitik begründet werden, wie dies vorgängig erwähnt wurde.

Beat Gränicher (SVP) ist unglücklich über die Situation und legt ein paar Standpunkte dar, die er nicht als Fraktionssprecher macht. Er verstehe es nicht, dass in der BPK und Fiko gute Kommissionsarbeit geleistet wurde und einmal mehr Kommissionsentscheide im allerletzten Moment umgekrempelt werden sollen. So kann er seiner Vorrednerin beipflichten und bekräftigen, dass wohl alle im Rat für Steuersenkungen sind. Niemand würde aber einen solchen Antrag stellen, würde sein Name nicht im Absender erwähnt. Man kann sich anscheinend im Rat leider nicht mehr auf eine seriöse Kommissionsarbeit mit Kommissionsentscheiden verlassen, was zu bedauern ist.

Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass sein Vorredner ihm aus dem Herzen gesprochen hat. Es wird beliebt gemacht, dass im Zusammenhang mit dem nächsten Entwicklungsplan die möglicherweise berechtigten Anliegen vom Stadtrat und auch von der Fiko nochmals aufgenommen werden.

Pascal Porchet (FDP) berichtet, dass seit seiner Wahl in den Einwohnerrat vor rund 12 Jahren bei der Budgetberatung die Steuern, Sparbemühungen, Stellenabbau usw. immer wieder etwa dieselben Diskussionspunkte waren. Die FDP will seit Jahren eine Steuerreduktion und wird deshalb alle diesbezüglichen Anträge unterstützen, unabhängig davon, aus welcher Fraktion diese in den Rat kommen. Liestal sollte endlich die rote Laterne als Gemeinde mit den höchsten Steuern des Kantons abgeben können. Dies sei auch möglich, indem man kontinuierlich immer wieder kleinere Reduktionen beschliessen würde.

Erika Eichenberger (GL) weist darauf hin, dass der Entwicklungsplan ein Steuerungsinstrument ist und bei dessen Beratung auch solche Entscheide betreffend Steueranpassungen usw. thematisiert werden sollen. Unmissverständlich möchte sie auch festhalten, dass auch ihre Fraktion für Steuersenkungen ist, jedoch nicht kurzfristig und an der heutigen Sitzung. Mit solchen Entscheiden soll gemäss Empfehlung des Finanzchefs noch bis zur Beratung des nächsten Entwicklungsplanes zugewartet werden.

Walter Leimgruber (SP) nimmt Bezug auf den Fiko-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2009/75a und stellt fest, dass auch die Fiko einstimmig den stadträtlichen Anträgen betreffend den unveränderten Steuersätzen etc. zugestimmt hatte. Das heisst doch, dass sich selbst die FDP-Mitglieder nicht immer für eine Steuerreduktion aussprechen, wie dies vorgängig erwähnt wurde. Dass nun Kommissionsarbeiten mit solch einstimmigen Entscheiden in Frage gestellt und noch kurzfristig umgestossen werden sollen, mache wohl nicht nur ihn sauer.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) hat Verständnis für Emotionen, doch bitte er um weiterhin sachliche Diskussionen betreffend den Anträgen von Peter Furrer.

Michael Bischof (FDP) meint, auch er werde mit gewissen Emotionen argumentieren, da dies auch von einigen Ratsmitgliedern und auch vom Finanzchef gemacht wurde, was er teilweise auch versteht. Das Unternehmen Liestal hat ein Problem, und so ist von Peter Furrer aufgezeigt worden, dass man die Finanzausgleich-Geschichte nicht im Griff habe. Hier und jetzt muss gehandelt werden, damit mit einer gewissen Emotionslosigkeit und ganz kleinen Schritten ein Umschwung herbeigeführt werden kann. Würden vom Einwohnerrat einzelne Positionen im Voranschlag gekürzt, würde man dem Rat wohl den Vorwurf einer Kernpickerei machen. Mit der Gutheissung der Anträge würde im Sinne einer wirkungsorientierten Verwaltungsführung dem Stadtrat der Handlungsfreiraum für ein Agieren gegeben werden.

Franz Kaufmann (SP) unterstreicht die Aussagen von Beat Gränicher und hält fest, dass das Problem nicht nur der Inhalt der Anträge, sondern das Vorgehen ist. Denn es kann ja nicht sein, dass ein Antrag in einer Kommission einstimmig abgelehnt wird und derselbe Antrag dann nochmals in den Einwohnerrat gezerzt wird, mit dem Ziel, dass der Kommissionsentscheid dann noch umgekehrt werden kann. Der Rat muss sich doch auf die Kommissionsarbeiten und –berichte verlassen können. Denn was hat der schriftlich vorhandene Fiko-Bericht mit diesbezüglichen Ausführungen von Präsident Heinz Lurf für einen Wert, wenn dann vom Fiko-Präsidenten im Anschluss daran noch mitgeteilt wird, dass sich die Kommission vorgängig der Ratssitzung wieder ganz anders entschieden hat? Dem Rat wird empfohlen, die Anträge von Peter Furrer abzulehnen und erst wieder bei Vorliegen des neuen Entwicklungsplanes zu thematisieren.

Stadtrat Peter Rohrbach hält fest, man habe dem Stadtrat mit Recht immer wieder gesagt, er solle sich darüber Gedanken machen, was strategische und operative Führung sei. Bezugnehmend auf die 4 Anträge von Peter Furrer muss er feststellen, dass nur gerade 1 Antrag strategisch ist, die anderen 3 Anträge gehen sehr stark ins Operative. Man kann wohl die Steuersenkung beschliessen und damit das Korsett einengen, in welchem sich der Stadtrat bewegen soll. Aber die Anträge betreffend den Kürzungen in den Artengruppen 30 und 31 sind operativ. Damit werden dem Stadtrat die Hände gebunden und Ende 2010 dürfte der Rat darüber enttäuscht sein, dass sich der Stadtrat wegen der gebundenen Hände nicht bewegt hatte. Es ist doch auch hier so, dass wenn man alles nageln will, sich auch nichts mehr bewegen könne.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zu den Anträgen von Peter Furrer gemäss Vorlage Nr. 2009/75c keine Wortbegehren mehr angemeldet werden, weshalb über diese abgestimmt werden kann.

1. Antrag (Peter Furrer, CVP/EVP/GLP-Fraktion)

://: Dem Antrag für eine Reduktion des Aufwandes der Artengruppe 30 Personalaufwand um 1 % (ein Prozent) wird mit 22 Ja-Stimmen bei 15 Nein-Stimmen zugestimmt.

2. Antrag (Peter Furrer, CVP/EVP/GLP-Fraktion)

://: Dem Antrag für eine Reduktion des Aufwandes der Artengruppe 31 Sachaufwand um 1 % (ein Prozent) wird mit 22 Ja-Stimmen bei 15 Nein-Stimmen zugestimmt.

3. Antrag (Peter Furrer, CVP/EVP/GLP-Fraktion)

://: Dem Antrag für eine Senkung des Steuerfusses für Einkommens- und Vermögenssteuer Natürliche Personen von 67 % auf 66 % der Staatssteuer wird mit 22 Ja-Stimmen bei 15 Nein-Stimmen zugestimmt.

4. Antrag (Peter Furrer, CVP/EVP/GLP-Fraktion)

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass der Rat dem neu formulierten Antrag betreffend dem Stellenplan zustimmt:

Der Stellenplan der Stadtverwaltung ist um total 0,9 Stellen für die wegfallende 50 %-Stelle des pensionierten Informatikers und die 40%-Stelle des Sportkoordinators, die neu der Schulleitung zugeteilt wurde, zu kürzen.

://: Dem Antrag betreffend der Stellenplan-Kürzung um total 0,9 Stellen wird mit 18 Ja-Stimmen bei 15 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen zugestimmt.

f) Stellungnahmen Einzelredner zu Budget

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass sich nun auch Einzelredner allgemein zum Voranschlag 2010 äussern können.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) sagt, er möchte das heute mehrmals erwähnte Thema betreffend der Weiterentwicklung des Entwicklungsplanes nochmals kurz aufnehmen. Gemäss fünftem Antrag des Stadtrates soll der Rat davon Kenntnis nehmen, dass die Finanzstrategie mit einem Steuersatz von 63 % für Natürliche Personen und einem Schuldenabbau von 4 % bestehen soll. Im Voranschlag-Detail wird vom Stadtrat eine Alternativmöglichkeit angegeben, indem man den Steuersatz auf 62 % und den Schuldenabbau auf 5 % festlegen würde. Wichtig ist, dass vom Stadtrat im nächsten Entwicklungsplan beide Varianten dargestellt werden, damit dem Rat auch die finanziellen Auswirkungen der beiden Alternativen für die Entscheidungsfindung bekannt sind.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Ratsmitglieder mehr zum Voranschlag 2010 Stellung nehmen möchten.

g) Diskussion und Abstimmung über Zusatzantrag Fiko (Nr. 2009/75a), gleichlautend mit Zusatzantrag der BPK(Nr. 2009/75b) betreffend „Allee: Arena, Platzgestaltung“

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass der Zusatzantrag der Fiko identisch mit dem Antrag 3.3 der BPK ist, mit welchem verlangt wird, dass dem Rat betreffend der Platzgestaltung/Arena in der Allee eine stadträtliche Sondervorlage für die geplante Investition von CHF 260'000.— einzureichen ist.

Nach erfolgten Umfrage kann vom Ratspräsidenten festgestellt werden, dass zu den beiden Anträgen keine Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden, weshalb über diese auch gleich abgestimmt werden kann.

://: Den Zusatzanträgen der Fiko und der BPK, mit welchem verlangt wird, dass dem Rat für die geplante Investition „Allee: Platzgestaltung/Arena“ in der Höhe von CHF 260'000.— vom Stadtrat eine separate Vorlage vorgelegt werden soll, wird mit grossem Mehr bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

h) Diskussion und Abstimmung über Antrag BPK betreffend „Rathausumbau“ (Nr. 2009/75b)

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass gemäss Zusatzantrag 2.1 der BPK verlangt wird, dass dem Rat betreffend dem Rathausumbau vom Stadtrat eine Sondervorlage für die geplante Investition von CHF 170'000.— einzureichen ist.

Nach erfolgten Umfrage kann vom Ratspräsidenten festgestellt werden, dass sich zum BPK-Antrag niemand aus dem Rat äussern möchte, weshalb über diesen abgestimmt werden kann.

://: Dem Zusatzantrag der BPK, mit welchem verlangt wird, dass dem Rat für die geplante Investition „Rathausumbau“ in der Höhe von CHF 170'000.— vom Stadtrat eine separate Vorlage vorgelegt werden soll, wird mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung zugestimmt.

i) Schlussabstimmung betreffend Voranschlag 2010

://: Mit 21 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen wird dem 1. Antrag des Stadtrates betreffend der Genehmigung des Voranschlages 2010, bestehend aus der Laufenden Rechnung sowie Investitionen gemäss Aufzählung (Seiten 3/36 und 4/36 der Vorlage Nr. 2009/75) zugestimmt. Dies mit Berücksichtigung der vorgängig beschlossenen Änderungen.

://: Mit 22 Ja-Stimmen wird bei 14 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung dem 2. Antrag des Stadtrates betreffend der Kenntnisnahme vom Stellenplan 2010 zugestimmt. Dies mit Berücksichtigung der vorgängig beschlossenen Stellenplan-Reduktion um 0,9 Stellen.

://: Mit 22 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen wird dem 3. Antrag des Stadtrates betreffend der Festlegung der Steuersätze, Gebühren und Abgaben gemäss Aufzählung auf Seite 4/36 der Vorlage Nr. 2009/75) zugestimmt. Dies mit Berücksichtigung der vorgängig beschlossenen Änderung betreffend der Steuerfussreduktion für die Einkommens- und Vermögenssteuer Natürlicher Personen von 67 % auf neu 66 % der Staatssteuer.

- ://: Einstimmig wird dem 4. Antrag des Stadtrates betreffend einem Teuerungsausgleich für die Besoldung des Verwaltungspersonals von 0 % (null Prozent) gemäss Beschluss des Landrates für das Staatspersonal zugestimmt.
- ://: Mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung wird dem 5. Antrag des Stadtrates zugestimmt und von der Finanzstrategie entsprechend den zwei Rechnungskreisen „EK NP 63%“ und „EK Schuldenabbau NP 4%“ Kenntnis genommen.
- ://: Der Voranschlag 2010 wird in der Schlussabstimmung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen mit 22 Ja-Stimmen bei 15 Nein-Stimmen genehmigt.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass sich die Autoren der neuen politischen Vorstösse an der heutigen Sitzung nicht äussern wollen.

Zum Jahresabschluss macht der Einwohnerratspräsident noch einen Blick über die Grenzen Liestals. Nach dem Verlesen eines Berichtes aus der Neuen Zürcher Zeitung vom 27.11.2009 unter dem Titel „Der Rat wählt sich selbst“ darf er dem Einwohnerrat Liestal ein Lob aussprechen, hatte dieser doch auch an der heutigen Sitzung einander zugehört, man hatte debattiert und ist auch miteinander fair umgegangen, was im Zürcher-Parlament anscheinend nicht immer der Fall ist.

Einwohnerrat und Stadtrat sind im Anschluss an die heutige Sitzung zum Weihnachtsessen im Restaurant Bären eingeladen. Der Apéro wird zu Lasten des Ratspräsidenten übernommen.

Den Ratsmitgliedern und ihren Angehörigen werden frohe Festtage und ein gutes 2010 gewünscht.

Schluss der Sitzung: 19.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Adrian Mächler

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann